

# Programm



## Bundesverband Deutschland Programm 04.09.2018

Echte Demokratie als Volksvorrangschafft	Seite	1
Demokratiewidrige Vormacht von Brüsseler Bürokraten	Seite	2
EU schürt Entfremdung in Europa	Seite	3
Europäischer Kontrollverlust	Seite	3
Demokratisierung der EU	Seite	3
Das Kartell der EU	Seite	4
Zerrüttetes EU-Regierungs-Modell	Seite	4
Unsere 4 politischen Meilensteine bis 2025	Seite	5
Überwindung der Ära der fossilen Brennstoffe	Seite	6
Volkswillen statt Technokratie	Seite	6
Dezentrales, transparentes, friedliches, soziales Europa	Seite	7

<sup>1</sup>Als deutsche Vereinigung für ein demokratisches Europa, bekennen wir uns (mit dem Namen "Echtdemokratische Mitwirkung") dazu, die EU zu demokratisieren, weil u. E.<sup>1</sup> die EU entweder demokratisiert wird oder zerfällt.

<sup>2</sup>Während sich die Vormächtigen Europas angeblich um ihre weltweite Wettbewerbsfähigkeit, um Migration und Terrorismus sorgen, fürchten sie nur eines wirklich: demokratische Mitwirkung ! <sup>3</sup>Sie berufen sich zwar auf Demokratie (im Sinne von "Volksvorrangschafft"<sup>2</sup>

---

1 = unseres Erachtens

2 "Volk" ist hier freilich in gar keiner Weise "völkisch" gemeint, d.h. etwa rassistisch und ausgrenzend. "Volk" ist einfach nur die übliche Verdeutschung des griechischen Wortes "demos". "Völkisch" waren einst die deutschen Nazis, indem sie zwar SYMBOLPOLITISCH von der sogenannten "Volksgemeinschaft" schwafelten, aber das deutsche Volk wohlweislich NIE volksentscheiden ließen, weder durch Volkswahl noch gar durch Volksabstimmung über Einzelfragen. Auch nach 1945, also nach dem Sieg über das leider durchaus "völkische" sogenannte Dritte Reich, fand das Wort "Volk" freilich völlig problemlos Eingang insbesondere in Verfassungstexte. So besagt z.B. Art. 20 Abs.2 S.1 GG: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Dies eben ist das Konzept der VOLKSSOUVERÄNITÄT (im Gegensatz zum Feudalismus). Das Wort "Volk" wird freilich auch in zahlreichen anderen Bestimmungen des GG benutzt, und zwar nirgendwo "völkisch". Es gibt von daher nicht zuletzt laut westdeutschen Nachkriegsverfassungen u.a. Volksvertretungen, Volksvertreter, Volksbegehren, Volksentscheide, Volksbefragungen, Volksgesundheit, Volkswohl, Volkseigentum usw. Und auch umgangssprachlich gibt es ohne jeden Anklang an irgendwie "Völkisches" die Volksinitiative, die Volkspartei, die Volkszählung, die Volksfürsorge, die Volkswirtschaft sowie das Völkerrecht (und der übliche verantwortungsabschiebende Gerichtsurteilsspruch "im Namen des Volkes").

Übrigens gab es schon von 1831 bis 1874 im schweizerischen Kanton St. Gallen (später auch in anderen Schweizer Kantonen) das sogenannte "Volksveto", das vom Juristen Franz



gemäß Polybios), verleugnen und unterdrücken sie aber in Wirklichkeit volksentmündigend voll und ganz. <sup>4</sup>Sie bekennen sich nur scheinheilig zu Demokratie, vermeiden, korrumpieren, usurpieren und manipulieren sie jedoch in Wahrheit, um demokratische Kraft und deren Möglichkeiten zugunsten ihrer eigenen angemessenen Vormacht weitestgehend zu blockieren.

<sup>5</sup>Wir dagegen betrachten uns als der unteilbaren und universellen Bedeutung der Würde, Freiheit, Gleichheit sowie Solidarität aller Menschen verpflichtet, die wir erhalten und entwickeln möchten. <sup>6</sup>Eingedenk der unentbehrlichen Achtung der Vielfalt an Kulturen und Traditionen der Menschen dieser Welt befürworten wir insbesondere die Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die europäischen Sozialchartas und beteiligen uns als "EDM" an der politischen Willensbildung in Europa, um zugunsten von gegenwärtigem sowie künftigen Frieden das Zusammenwirken möglichst vieler europäischer Völker in freiheitlich nicht zuletzt transnationaler, feministischer sowie demokratischer Gesinnung und Tätigkeit zu fördern.

<sup>7</sup>Die "EDM" vereinigt Menschen ohne Unterscheidung von deren Staatsangehörigkeit, Stand, Herkunft, ethischen Zugehörigkeit, Rasse, Geschlecht, sexuellen Orientierung, körperlichen Verfassung oder weltanschaulichen Bekenntnisses, die beim Aufbau sowie Ausbau eines echtdemokratischen Rechtsstaates insbesondere im Rahmen einer Europäischen Republik sowie einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung geprägt von sozialer Gerechtigkeit mitwirken wollen. <sup>8</sup>Totalitäre, diktatorische, rassistische sowie faschistische Bestrebungen aller Art lehnen wir und lehnt die "EDM" entschieden ab.

<sup>9</sup>Die derzeitigen europäischen Vormacht-Herrscher fürchten die Macht der Menschen, d.h. die Volksmacht, in Europa, fürchten gerechtes Regieren durch die eigentlichen Völker. <sup>10</sup>Wahre Volksmacht ist ein Alptraum für jene, die als Volksvertreter bzw. deren Helfershelfer stellvertretende Vormacht ausüben:

- <sup>11</sup>als Brüsseler Bürokratie mit zehntausenden Lobbyisten.
- <sup>12</sup>als undemokratische EU-Agenturen sowie als Troika, die sie zusammen mit nicht volksgewählten, sondern neofeudalistisch-kooptierend ERNANNTE "Technokraten" aus internationalen und europäischen Institutionen bilden.
- <sup>13</sup>als vormächtige monetäre informelle Eurogruppe, der sogar jede gesetzliche bzw. vertragliche Grundlage fehlt.
- <sup>14</sup>als auf Volkskosten mit Steuergeldern gerettete Banker, Fondsmanager und selbstermächtigte Vormacht-Elite-Oligarchen, voller Verachtung gegen die wahren Bedürfnisse der einzelnen Völker.
- <sup>15</sup>als politische Vereinigungen (wie insbesondere Parteien), deren Berufspolitiker sich zwar scheinheilig auf Liberalismus, Demokratie, Freiheit und Solidarität berufen, aber in Wahrheit deren wesentliche Grundsätze allesamt grob missachten, keinerlei freiheitliche Volkswetoentscheide zulassen (die zugleich als friedliches Widerstandsrecht der Bevölkerung wirken würden), und zwar weder zentralistisch noch dezentral, sondern die einzelnen Völker schlicht entmündigen, spätestens sobald sie an die Volksvertreter-Regierung gelangen, und weder grundsätzlich jederzeit abwählbar sind noch wenigstens ermöglichen, dass die Reihenfolge der auf Listen nominierten Politiker durch die Wahlbevölkerung verändert werden kann.
- <sup>16</sup>als Volksvertreter-Regierungen, die schamlos und undemokratisch Ungleichheit fördern, indem sie quälende Austerität im Sinne lebensbedrohlicher Zwangsentbehmung bei

---

Anton Good (1793 bis 1866) durchgesetzt wurde, der es ausdrücklich auch als FRIEDLICHES WIDERSTANDSRECHT einforderte. Und auch Joseph Beuys, der wohl kaum glaubwürdig als "völkisch" bezeichnet werden kann, forderte u.a. das Volksweto im Rahmen seiner "Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung" (siehe dazu bei diesem Stichwort die Wikipedia).

Weil aber irrerweise bei uns in der BRD der Volkswetoentscheid, der auch seit dem 27.12.47 in Art. 75 der italienischen Verfassung verankert ist (siehe dazu Fußnote 8), gelegentlich sogar als "völkisch" verdächtigt wird, obwohl er eben nur die äußerst wichtige NOT-BREMSE der Bevölkerungs-Mehrheit gegen Staatswerke aller Art (wie insbesondere Gesetze, völkerrechtliche Verträge, Gerichtsurteile etc.) ist, könnte er auch umbenannt werden gesamtgesellschaftlich zu "Scharveto" bzw. innervereinslich zu "Vereinscharveto".

gleichzeitiger monströser Verschwendung der Vormächtigen verfügen.

- <sup>17</sup>als Propaganda-Schwatzwutz-Massenverblödungs-Medienmogule, die ihre eigentlichen gesellschaftlichen Aufträge für freiheitliche Meinungsbildung zu einer auf Angst beruhenden Quelle von persönlicher Macht und Profit entwickelt haben.
- <sup>18</sup>als global agierende betrieblich undemokratisch verfasste Konzerne, die in Zusammenarbeit mit intransparenten staatlichen Einrichtungen die gleichen Ängste bedienen und durch alltägliche Überwachungskultur gezielt Meinungen beeinflussen können.

<sup>19</sup>Diese undemokratisch Herrschenden erzwingen den noch dazu oftmals militaristischen Alptraum, den diejenigen träumen, die diese Herrschaft erleiden. <sup>20</sup>Dabei war die Idee einer EU, d.h. einer Europäischen Union, einst ein verheißungsvolles Versprechen für Generationen von kriegsmüden, zwangsweise ausgebeuteten Menschen.

<sup>21</sup>Die EU hat unterschiedliche Sprachen und Kulturen vereint und bewiesen, dass es möglich ist, einen gemeinsamen Rahmen durch Menschenrechte auf einem Kontinent zu errichten, auf dem zuvor mörderischer Chauvinismus, Rassismus und Barbarei herrschten. <sup>22</sup>Die Europäische Union hätte der sprichwörtliche Leuchtturm sein können, hätte der Welt zeigen können, wie mittels echter Demokratie aus jahrhundertelangen scheinheiligen Konflikten Frieden und Solidarität entsteht. <sup>23</sup>Doch behördliche Bürokratie und einheitliche Währung scheinen Europa heute eher zu trennen als zu vereinen. <sup>24</sup>Eine Seilschaft kurzsichtiger, sich finanziell auf Volkskosten mästender Berufspolitiker, ökonomisch naiver Beamter und unbeholfener vermeintlicher Finanzexperten unterwirft sich blind den Dogmen der Finanz- und Industriekonzerne, entfremdet die Europäer einander und schürt eine inzwischen jederzeit entflammbare, europafeindliche Gemengelage: Nationalismus, Extremismus und Rassismus erwachen wieder.

<sup>25</sup>Dieser zerfallenden diktatorischen EU liegt ein böser Betrug scheinbarer, nur angeblicher Demokratie und Wirtschaftlichkeit zugrunde. <sup>26</sup>Die Entscheidungsverfahren der EU sind undurchsichtig und autokratisch, mithin undemokratisch, aber freilich sehr schädlich diktatorisch wirksam, und verkommen zunehmend zu einem leblosen, diskussionslosen sowie scheinbar unpolitischen Verfahren. <sup>27</sup>Dessen durchaus politischer Zweck ist der europäische Kontrollverlust über die eigene nationale Währung, über die eigenen nationalen Finanzen, über die jeweiligen betrieblichen Arbeitsbedingungen und letztlich über unsere eigene Umwelt, in der wir leben. <sup>28</sup>Ergebnis dieser bewusst betrügerischen Täuschung ist eben nicht nur Verlust an Demokratie, sondern auch eine zerstörerische Wirtschaftspolitik:

- <sup>29</sup>die Volkswirtschaften der Eurozone werden willkürlich in eine austeritätspolitische Wettbewerbsspirale getrieben mit den Folgen anhaltender Rezession in ökonomisch schwächeren Ländern bei gleichzeitiger Investitionsschwäche in den Kernländern.
- <sup>30</sup>insbesondere diejenigen EU-Mitgliedsstaaten, die nicht der Eurozone angehören, wenden sich von Europa ab, suchen wirtschaftlichen Erfolg und neue Partner an anderen Orten dieser Welt, wo eher undurchsichtige Freihandelsvereinbarungen aufwarten, die sie mittels eigenmächtig-volksvertretenden Bewilligungen völkerrechtlich zu binden und die Souveränität ihrer jeweiligen Völker Schritt für Schritt auszuhöhlen beanspruchen.
- <sup>31</sup>In ganz Europa wachsen in bisher ungekanntem Ausmaß Ungleichheit, Hoffnungslosigkeit und Völkerfeindschaft.

<sup>32</sup>Wir sehen zwei gleichermaßen bedrohliche Szenarien:

- <sup>33</sup>Rückzug in einen wie gehabt möglichst autarken Kokon unserer Nationalstaaten
- <sup>34</sup>Unterwerfung unter die demokratielos diktatorische Herrschaft der EU-Bürokraten.

<sup>35</sup>Aber es geht auch anders ! <sup>36</sup>Es gibt einen anderen Weg ! Auch wenn sich die derzeitige EU gegen diese Möglichkeit und Chance sträubt, und zwar mit jeder Faser ihrer autoritären Gesinnung, möchten insbesondere wir diese Chance ergreifen und aufrufen zu demokratischem Mitwirken.

<sup>37</sup>Wir stehen für ein ebenso schlichtes wie folgerichtiges Denken. <sup>38</sup>Demokratisieren wir Europa ; denn die EU muss demokratisch werden, damit sie nicht zerfällt !

<sup>39</sup>Wir bleiben realistisch. <sup>40</sup>Unser Ziel ist nicht utopischer als es die Gründung der Europäischen Union einst war. <sup>41</sup>Und unser Ziel ist erst recht nicht utopischer als der krampfhafteste Versuch, diese bestehende, antidemokratische, diktatorisch verfasste EU zu erhalten.

<sup>42</sup>Die Demokratisierung der EU ist inzwischen äußerst dringend. <sup>43</sup>Denn die EU nähert sich einem kritischen Zeitpunkt, nach dessen Eintritt es unmöglich werden kann, den



institutionalisierten Widerstand wie erforderlich zu überwinden. <sup>44</sup>Dieser historische Point of no return könnte innerhalb nur eines Jahrzehnts schon erreicht sein: bereits im Jahre 2025.

<sup>45</sup>Wenn wir es nicht schaffen, Europa innerhalb dieses verbleibenden Jahrzehnts zu demokratisieren, sondern es stattdessen den autokratisch Herrschenden in der EU etwa gelingt, Demokratisierung zu verhindern, dann wird die EU unter dieser Hybris allerdings auseinanderbrechen. <sup>46</sup>In Europa und in der ganzen Welt würde diese Zersplitterung ungekannte Not verbreiten.

<sup>47</sup>In den Nachkriegsjahrzehnten erlebten die verschiedenen europäischen Kulturen einen Geist des Internationalismus, der Überwindung von Grenzen, des gemeinsamen Wohlstands und eines sich verbessernden Lebensstandards. <sup>48</sup>Das waren Entwicklungen, die die Europäer einander annäherten. <sup>49</sup>Im Errichten der EU fanden diese Entwicklungen ihren Ausdruck.

<sup>50</sup>Aber inmitten des Einigungsstrebens lag ein demokratiefeindliches Denken, das den inzwischen zu bemerkenden Verlust an Selbstgewissheit und Seele der EU bestimmt.

<sup>51</sup>Denn die EU erhob sich ökonomisch aus der Taufe durch ein Kartell der Schwerindustrie (die Agrarindustrie wurde erst später integriert). <sup>52</sup>Dieses Kartell war entschlossen, Preise zu diktieren und Gewinne des Oligopols durch die Brüsseler Bürokratie zu verteilen. <sup>53</sup>Das Kartell und seine in Brüssel beheimateten Verwalter verachteten von Anbeginn die Idee einer demokratischen Selbstregierung durch die Menschen Europas.

<sup>54</sup>Planmäßig wurde die Entscheidungsfindung entpolitisiert. <sup>55</sup>Langsam, aber fortwährend verschwanden die Volksbefugnisse praktisch vollends aus der EU, so dass sich politische Entscheidungsfindung in pseudo-technische Vorbestimmtheit umwandelte. <sup>56</sup>Die nationalen Politiker wurden für ihr Mitwirken übermäßig entlohnt. <sup>57</sup>Sie unterstützten dadurch die Verwandlung der Kommission, des Rates, des Finanzministerrates Ecofin, der Eurogruppe und der EZB in politikfreie Zonen. <sup>58</sup>Wer sich diesem Prozess widersetzte, wurde zum "Europagegner" und zum vermeintlichen Außenseiter stigmatisiert.

<sup>59</sup>Aus dem demokratiefeindlichen Denken erwuchs jene Bedrohung, die sich heute in einer Politik niederschlägt, die auf eine katastrophale Zukunft sowie wirtschaftliche Not hinausläuft, während folgende wesentlichen demokratischen Prinzipien des ursprünglichen hoffnungsfrohen Europa auf der Strecke blieben:

- <sup>60</sup>Institutionen sollten den Menschen Europas dienen, nicht umgekehrt.
- <sup>61</sup>Währungen sollten Mittel und nicht Selbstzweck sein.
- <sup>62</sup>ein gemeinsamer Markt ist nur dann mit Demokratie vereinbar, wenn er gemeinsame und demokratisch verfasste Vorsorge zum Schutz der Schwachen und der Umwelt beinhaltet.
- <sup>63</sup>Freiheit und Volkshilfe darf kein Luxus sein, der zwar Gläubigern zugestanden, Schuldner jedoch verweigert wird.
- <sup>64</sup>Demokratie ist unverzichtbar, um die schlimmen selbstzerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus einzuschränken und neuen Visionen von gesellschaftlicher Harmonie und nachhaltiger Entwicklung Raum zu geben.

<sup>65</sup>Von daher war es unvermeidlich, dass Europas Kartell einer diktatorisch bestimmten sozialen Marktwirtschaft in der EU daran scheiterte, nach der großen Rezession von 2008 wieder Fuß zu fassen. <sup>66</sup>Doch in Reaktion darauf gebärden sich die EU-Institutionen, die die eigentliche Schuld am Scheitern haben, mittlerweile eigenmächtiger denn je. <sup>67</sup>Je mehr sie die Demokratie ersticken und je rascher ihre politische Vormacht an Legitimität verliert, desto stärker werden die Kräfte der wirtschaftlichen Rezession und desto dringlicher erscheint ihnen autoritäres Verhalten. <sup>68</sup>So verschaffen sich die Feinde der Demokratie neue Macht, und Hoffnung und Wohlstand bleiben den Wenigen vorbehalten, die sie – abgeschirmt vom Rest der Gesellschaft - hinter Toren und Zäunen genießen.

<sup>69</sup>Es ist ein schleichender Prozess, so dass sich die europäischen Staaten in der Krise nach innen und gegeneinander wenden, wobei chauvinistische und fremdenfeindliche Tendenzen wachsen. <sup>70</sup>Die Privatisierung der Angst, die Furcht vor dem "Anderen", die Nationalisierung einzelner Bestrebungen und überhaupt die Wiedernationalisierung der gesamten Politik können eine Auflösung gemeinsamer Interessen bewirken. <sup>71</sup>Europas erbärmliche Reaktion auf die Banken-, die Schulden- und die Flüchtlingskrise sowie das Fehlen einer übereinstimmenden Strategie in der Außen- und Zuwanderungspolitik sowie bei der Bekämpfung von Terrorismus zeigen, was geschieht, wenn der Begriff Solidarität seinen Sinn verliert:

- <sup>72</sup>die Niederschlagung des Athener Frühlings und die anschließende Auferlegung eines

wirtschaftlichen "Reform"-Programms, das von vornherein zum Scheitern verurteilt war und einen Angriff auf die Selbstgewissheit Europas darstellt.

- <sup>73</sup>der unbezweifelte Glaube, dass wann immer ein Staatshaushalt gestützt oder eine Bank gerettet werden muss, die Schwächsten der Gesellschaft für die Fehler der Kapitaleigner zu bezahlen hätten.
- <sup>74</sup>die anhaltende Neigung, Arbeit zu einer Ware zu machen und Demokratie vom Arbeitsplatz zu verbannen.
- <sup>75</sup>die skandalöse Verweigerungshaltung der meisten EU-Mitgliedsstaaten in der sogenannten Flüchtlingskrise veranschaulicht, wie ein zerrüttetes europäisches Regierungsmodell moralischen Niedergang und politische Lähmung bewirkt, und erweist, dass auf den Niedergang der europäischen Solidarität Fremdenfeindlichkeit gegenüber Nicht-Europäern folgt.
- <sup>76</sup>die Unfähigkeit, die drei Wörter "europäisch", "Außen" und "Politik" zusammensetzen.
- <sup>77</sup>die Unbekümmertheit, mit der die europäischen Regierungen nach den furchtbaren Attentaten von Paris die Lösung insbesondere darin sahen, wieder Grenzen zu errichten, obwohl die meisten Attentäter EU-Bürger waren – ein weiteres Zeichen der moralischen Panik der Europäische Union, die nicht in der Lage ist, die Europäer zu gemeinsamen Reaktionen auf gemeinsame Probleme zu veranlassen.

<sup>78</sup>Gegenwärtig fühlen die Europäer geradezu, wie die EU-Institutionen sie überall im Stich lassen. <sup>79</sup>Von Helsinki bis Lissabon, von Dublin bis Kreta, von Leipzig bis Aberdeen spüren sie, dass als eine große und dringliche Entscheidung auf sie zukommt: die Entscheidung zwischen echter Demokratie und schleichender Auflösung.

<sup>80</sup>Unser eigenes politisches Gespür veranlasst unsere Planung, dass wir innerhalb eines vernünftigen Zeitrahmens bestimmte Ziele erreichen. <sup>81</sup>Deshalb setzen wir uns folgende vier politische Meilensteine in regelmäßigen Zeitabschnitten zum Ziel, um bis 2025 einen vollkommen demokratischen, funktionierenden europäischen Bund aufzubauen:

<sup>82</sup>**1. SOFORT** volle Transparenz bei der Entscheidungsfindung:

- <sup>83</sup>die Sitzungen des EU-Rats, von Ecofin, Beratungen über Steuerfragen und Sitzungen der Eurogruppe müssen per Livestream öffentlich gemacht werden.
- <sup>84</sup>die Protokolle der Sitzungen des Gouverneursrates der Europäischen Zentralbank müssen innerhalb weniger Wochen veröffentlicht werden.
- <sup>85</sup>alle Dokumente im Zusammenhang mit wichtigen Verhandlungen (zum Beispiel über TTIP, über "Rettungs"-Kredite, über den Status Großbritanniens), die die Zukunft der Europäer betreffen, müssen frei zugänglich ins Netz gestellt werden.
- <sup>86</sup>alle Lobbyisten müssen sich registrieren lassen und dabei die Namen ihrer Kunden angeben, wie viel Geld die unmittelbar oder mittelbar durch sie erhalten und wann sie sich mit welchen (volksgewählten oder nicht volksgewählten) Volksvertretern der EU getroffen haben.

<sup>87</sup>**2. INNERHALB VON ZWÖLF MONATEN** die aktuelle Wirtschaftskrise mit den bestehenden Institutionen und im Rahmen der bestehenden EU-Verträge angehen.

<sup>88</sup>Denn Europas gegenwärtige Krise entfaltet sich gleichzeitig in folgenden fünf Bereichen:

- <sup>89</sup>Staatsschulden
- <sup>90</sup>Banken
- <sup>91</sup>Investitionsschwäche
- <sup>92</sup>Migration
- <sup>93</sup>wachsende Armut

<sup>94</sup>Für all diese fünf Bereiche sind nationale Regierungen zuständig, denen aufgrund der internationalen Tragweite der Krisen jedoch die Hände gebunden sind.

<sup>95</sup>Wir hingegen werden detaillierte politische Vorschläge veröffentlichen, wie all diese fünf Bereiche europäisiert werden können, während gleichzeitig die willkürliche Vormacht der EU zurückgedrängt und die Macht an die Völker der europäischen Mitgliedsstaaten, deren freiheitlich volksgewählte nationale Parlamente, Regionalräte, Stadtvertretungen sowie sonstigen Kommunen zurückgegeben wird. <sup>96</sup>Die politischen Vorschläge werden darauf abzielen, bestehende Institutionen wieder stärker zu beteiligen (nicht zuletzt durch eine vernünftige Deutung vorhandener Verträge und Satzungen), um der von Staatsschulden, Banken, Investitionsschwäche und wachsender Armut geprägten Krise entgegenzuwirken.

<sup>97</sup>**3. INNERHALB VON ZWEI JAHREN** eine verfassunggebende Versammlung.



<sup>98</sup>Die Menschen Europas haben ein Recht, sich mit der Zukunft der EU zu befassen, und haben die Pflicht, aus der EU (bis 2025) eine voll entwickelte Demokratie mit einem gesetzgebungsbefugten europäischen Parlament zu machen, das die nationale Selbstbestimmung achtet und die europäische Behördenmacht mit den Völkern der europäischen Mitgliedsstaaten, deren nationalen Parlamenten, Regionalversammlungen sowie Gemeindevertretungen im Sinne von Mitwirkung teilt. <sup>99</sup>Dafür muss eine Versammlung von volksgewählten Volksvertretern einberufen werden. <sup>100</sup>Wir werden für eine solche verfassunggebende Versammlung werben, die aus Volksvertretern besteht, die möglichst über transnationale Listen gewählt werden. <sup>101</sup>Wenn heute Universitäten in Brüssel Forschungsfinanzierung beantragen, müssen sie länderübergreifende Allianzen bilden.

<sup>102</sup>Genauso müssen auch bei den Wahlen für die verfassunggebende Versammlung Wahllisten vorliegen, auf denen Bewerbungen aus vielen europäischen Ländern stehen. <sup>103</sup>Die Versammlung, die daraus hervorgehen wird, wird die Befugnis haben, bei dezentraler Volkswahlbefugnis über eine künftige demokratische Verfassung zu entscheiden, die innerhalb eines Jahrzehnts die bestehenden europäischen Verträge ersetzen wird.

<sup>104</sup>**4. BIS 2025** die Umsetzung der Beschlüsse der Verfassunggebenden Versammlung.

<sup>105</sup>Wir, die Europäer, haben die Pflicht, uns die Kontrolle über Europa von nicht rechenschaftspflichtigen "Technokraten", von Berufspolitikern, die ihre Komplizen sind, und von dubiosen Institutionen zurückzuholen, so dass der demokratische Wandel der EU herbeigeführt wird.

<sup>106</sup>Wir kommen aus allen Teilen des Kontinents und sind vereint durch unterschiedliche Kulturen, Sprachen, Akzente, politische Ausrichtung, Hautfarbe, Geschlecht, Glaubensüberzeugungen und unterschiedliche Vorstellungen, wie eine gute Gesellschaft aussieht.

<sup>107</sup>Wir bilden uns in der Absicht, von einem Europa nach dem Motto "Wir, die Regierungen" und "Wir, die Technokraten" zu einem Europa nach dem Motto "Wir, die Europagesellschaft" zu gelangen.

<sup>108</sup>Dabei lassen wir uns von viererlei leiten:

- <sup>109</sup>Kein Mitglieds-Land kann frei sein, wenn die Demokratie in einem anderen verletzt wird.
- <sup>110</sup>ein Mitglieds-Land kann in Würde leben, wenn einem anderen die Würde vorenthalten wird.

- <sup>111</sup>Kein Mitglieds-Land kann auf Wohlstand hoffen, wenn ein anderes in permanente Zahlungsunfähigkeit und wirtschaftliche Depression gedrängt wird.

- <sup>112</sup>Kein Mitglieds-Land kann wirtschaftlich wachsen, ohne dass seine schwächsten Bürger Zugang zu grundlegenden Gütern haben und ohne das Ziel menschlicher Entwicklung, ökologischen Gleichgewichts und der Überwindung der Ära der fossilen Brennstoffe.

<sup>113</sup>Wir schließen uns einer großartigen Tradition von Europäern an, die jahrhundertlang gegen die angebliche "Weisheit" gekämpft haben, dass Demokratie ein Luxus ist und die Schwachen zu erleiden haben, was sie erleiden müssen.

<sup>114</sup>Dementsprechend bekennen wir uns mit Herz, Verstand und Willen zu diesen Verpflichtungen als einem unverbrüchlichen Versprechen und erklären hiermit:

<sup>115</sup>Wir rufen unsere europäischen Mitmenschen dazu auf, sich uns unverzüglich anzuschließen und mit uns eine Bewegung zu gründen, um

- <sup>116</sup>gemeinsam gegen das diktatorische europäische Vormachts-Establishment (das Demokratie zutiefst verachtet) zu kämpfen, um die EU zu demokratisieren.

- <sup>117</sup>der Verengung aller politischen Verhältnisse auf Vormachtverhältnisse ein Ende zu machen, die dann als rein technokratische Entscheidungen ausgegeben werden.

- <sup>118</sup>die EU-Bürokratie dem Volkswillen der Europäer zu unterwerfen.

- <sup>119</sup>die gewohnheitsmäßige Vorherrschaft der Macht der Konzerne über den Volkswillen der Bürger zu beenden.

- <sup>120</sup>die Regeln, die für unseren gemeinsamen Markt und für unsere einheitliche Währung gelten, wieder zu politisieren.

<sup>121</sup>Wir sind der Meinung, dass das Modell nationaler politischer Vereinigungen, die im EU-Parlament flüchtige Allianzen eingehen, überholt ist. <sup>122</sup>Der Kampf um Demokratie von unten (auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene) ist nötig, aber er kann nicht ohne eine internationalistische Strategie geführt werden, die auf eine paneuropäische Koalition für die

Demokratisierung Europas abzielt. <sup>123</sup>Die europäischen Demokraten müssen zusammenkommen, einen gemeinsamen Plan beschließen und dann Wege finden, um ihn insbesondere mit Kommunen und auf regionaler und nationaler Ebene zu verwirklichen.

<sup>124</sup>Unser übergreifendes Ziel, die Europäische Union zu demokratisieren, ist mit dem Wunsch verwoben, die (ökonomische, politische und gesellschaftliche) Selbstregierung der Völker auf lokaler, kommunaler, regionaler und nationaler Ebene zu fördern, die Korridore der Macht für die Allgemeinheit zu öffnen, soziale und bürgerschaftliche Bewegungen aufzunehmen, und sämtliche Ebenen der Regierung von der Vormacht von Bürokratien und von Unternehmen zu befreien.

<sup>125</sup>Wir glauben an ein Europa der Vernunft, der Freiheit, der Toleranz und der Fantasie, das durch Transparenz in allen Bereichen, wahre Solidarität und echte Demokratie ermöglicht wird, und streben an:

- <sup>126</sup>ein demokratisches Europa, in dem alle politische Macht von der Gesellschaft ausgeht.
- <sup>127</sup>ein transparentes Europa, in dem alle Entscheidungsprozesse unter den wachsamen Augen der Bürger stattfinden.
- <sup>128</sup>ein geeintes Europa, in dem die Bürger innerhalb eines Landes genauso viel gemeinsam haben wie mit den Bürgern anderer Länder.
- <sup>129</sup>ein realistisches Europa, das sich kühne, aber erreichbare demokratische Reformen vornimmt.
- <sup>130</sup>ein dezentralisiertes Europa, das die staatliche Macht nutzt, um möglichst viel Demokratie am Arbeitsplatz, in großen und kleinen Städten, Regionen und Ländern durchzusetzen.
- <sup>131</sup>ein pluralistisches Europa der unterschiedlichen Regionen, Ethnien, Glaubensüberzeugungen, Nationen, Sprachen und Kulturen.
- <sup>132</sup>ein egalitäres Europa, das die Verschiedenheit feiert und der Diskriminierung nach Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Schicht oder sexueller Orientierung ein Ende bereitet.
- <sup>133</sup>ein kultiviertes Europa, das seine kulturelle Vielfalt nutzt und sich nicht nur um sein unschätzbare Kulturerbe kümmert, sondern auch die Werke kritischer Künstler, Musiker, Schriftsteller und Dichter fördert.
- <sup>134</sup>ein soziales Europa, das anerkennt, dass Freiheit nicht nur Freiheit von Einmischung bedeutet, sondern auch grundlegende materielle Güter erfordert, die einen Menschen frei von Not und Ausbeutung machen.
- <sup>135</sup>ein produktives Europa, das Investitionen in gemeinsamen grünen Wohlstand lenkt.
- <sup>136</sup>ein ökologisches Europa, das sich für einen echten weltweiten grünen Wandel einsetzt.
- <sup>137</sup>ein nachhaltiges Europa, das mit den Ressourcen unseres Planeten auskommt, den eigenen ökologischen Fußabdruck möglichst klein hält und so viele fossile Brennstoffe wie möglich unangetastet lässt.
- <sup>138</sup>ein kreatives Europa, das die innovativen Kräfte der Fantasie seiner Bürger freisetzt.
- <sup>139</sup>ein technologisches Europa, das neue Technologien im Dienst der Solidarität voranbringt
- <sup>140</sup>ein historisch bewusstes Europa, das nach einer glücklichen Zukunft strebt, ohne seine Vergangenheit zu verbergen.
- <sup>141</sup>ein internationalistisches Europa, das Nicht-Europäer als gleichwertig betrachtet.
- <sup>142</sup>ein friedliches Europa, das die Spannungen in seinen östlichen Gebieten und im Mittelmeerraum abbaut und als Bollwerk gegen die Sirenen des Militarismus und Expansionismus wirkt.
- <sup>143</sup>ein offenes Europa, das aufgeschlossen ist für Ideen, Menschen und Anregungen aus der ganzen Welt, das freiheitsfeindliche Zäune und Grenzen als Zeichen der Schwäche betrachtet, die im Namen der Sicherheit Unsicherheit verbreiten.
- <sup>144</sup>ein befreites Europa, in dem Vorrechte, Vorurteile und die Drohung mit Gewalt keinen Platz haben, in dem Europäer in immer weniger vorbestimmte Rollen hineingeboren werden und stattdessen gleiche Chancen haben, ihre Möglichkeiten zu entfalten und über ihr Leben, ihre Arbeit und ihren Platz in der Gesellschaft selbst zu bestimmen.

### **Inkrafttreten**

<sup>145</sup>Dieses Programm des Bundesverbandes "Echtdemokratische Mitwirkung - Bundesverband-Deutschland" tritt am Folgetag seiner Bewilligung durch Vereinsgründungs-Vertrag oder durch



Versammlung wie in § 32 Abs.1 BGB grundsätzlich geregelt bzw. bei schriftlicher Erklärung wie in § 32 Abs.2 BGB grundsätzlich geregelt durch Unterschrift des letzten erforderlichen deutschen Mitglieds der "EDM" in Kraft.



Programmänderungen:

Am xx.xx.20xx: